

Kreisumlagesatz 2020

Kreisausschuss 25.11.2019

Umlagesatzentwicklung seit 2016

→ **2016: 44,23 % (Ersatzvornahme ADD Trier)**

Klage gegen Ersatzvornahme hat das VG NW am 27.06.2018 abgewiesen.

Am 29.11.2018 Berufung beim OVG Koblenz eingelegt

→ **2017: 44,25 % (Ersatzvornahme ADD Trier)**

Widerspruchsverfahren bei ADD Trier ruhend gestellt

→ **2018: 42,25 % (Haushalt „zunächst“ ausgeglichen) ...daher von ADD Trier akzeptiert....**

→ **2019: 43,87 % (Ersatzvornahme ADD Trier)**

Widerspruchsverfahren bei ADD Trier ruhend gestellt

➔ **Erwartetes ordentl. Ergebnis : rd. - 8 Mio. €**

➔ **Veränderungen gegenüber 2019:**

Teilhaushalt 11 / Soziales	-2,95 Mio. €
Teilhaushalt 12 / Jugend	-2,26 Mio. €
Teilhaushalt 7 / hier insb. ÖPNV	-0,74 Mio. €
Teilhaushalt 3 / Allg. Finanzwirtschaft [vor allem Schlüsselzuweisung B2 -0,87 Mio. €]	-1,15 Mio. € (bei 42,25 KU)
Personalaufwand	-1,50 Mio. € (ohne Änderung Stellenplan/Mehrstellen, Rückstellungen)

= ca. 6,5 Kreisumlagepunkte

Schnellmeldung LKT vom 20.11.2019

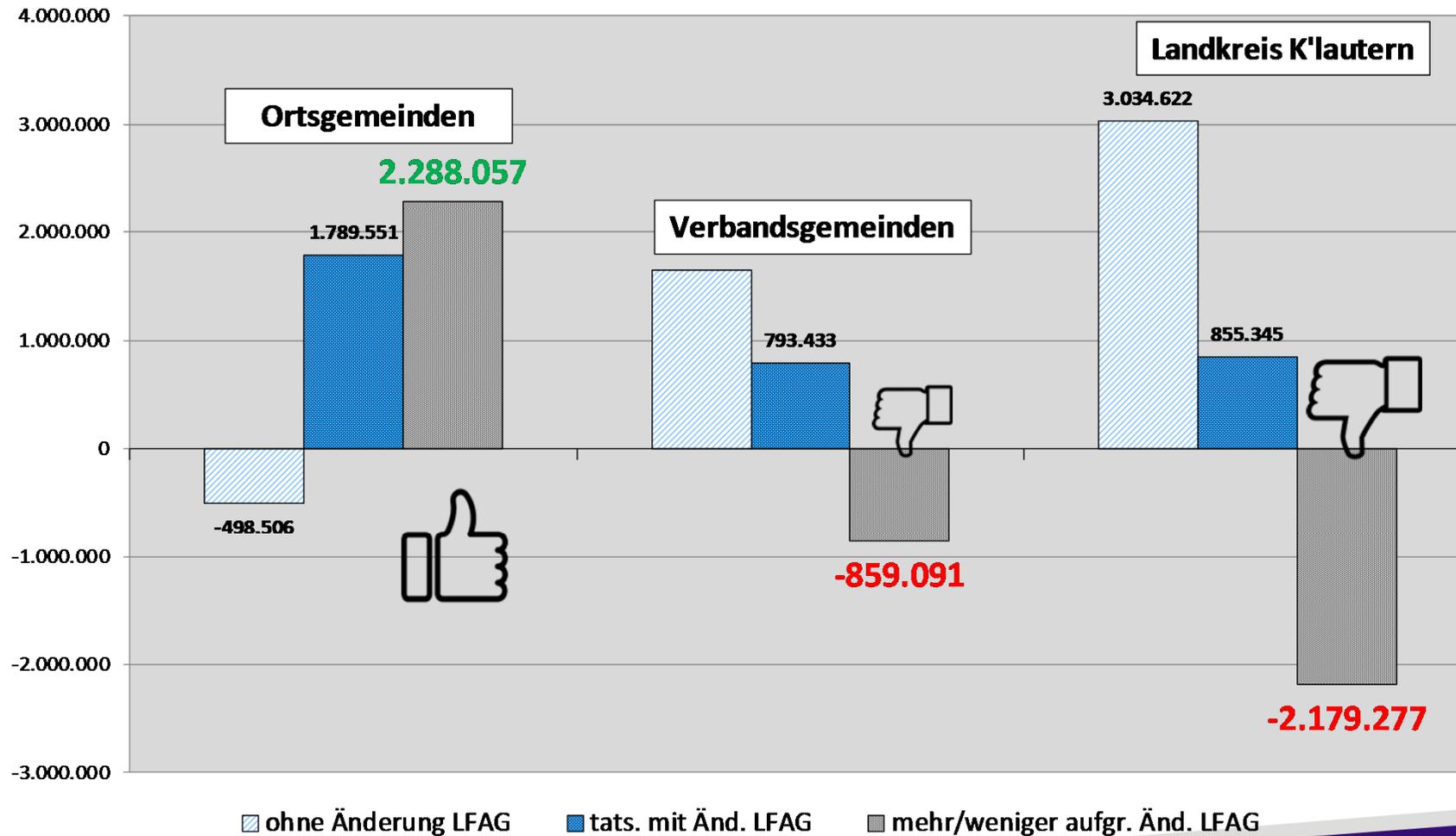
Erwartetes ordentliches Ergebnis 2020:

Birkenfeld	-12,82 Mio. €	(KU 44,30%, VJ 44,30%)
Bitburg-Prüm	-16,02 Mio. €	(KU 43,20%, VJ 43,14%)
Donnersberg	-6,31 Mio. €	(KU 43,00%, VJ 43,00%)
Rhein-Hunsrück	-7,43 Mio. €	(KU 45,00%, VJ 45,00%)
Südl. Weinstr.	-6,96 Mio. €	(KU 45,50%, VJ 45,50%)

→ Durchschnittl. Umlagesatz 2020 von z.Zt. 44,09%

LFAG-Änderung 2018 (Quelle: LT-DS 17/8467 zu 8273)

Entwicklung der Schlüsselzuweisungen 2018 im Landkreis Kaiserslautern nach Änderung LFAG zum 01.01.2018



LFAG-Änderung 2018



Entwicklung der Schlüsselzuweisungen 2019 im Landkreis Kaiserslautern
bei Gegenüberstellung altes Recht / neues Recht (Quelle: LT DS 17/8827)

Ortsgemeinden	Verbandsgemeinden	Landkreis
2.793.732 €	-310.562 €	-1.249.610 €

Addiert man hierzu die Veränderungen 2018		
2.288.057 €	-859.091 €	-2.179.277 €

Führt dies zu folgenden „Verschiebungen“ im Landkreis Kaiserslautern		
5.081.789 €	-1.169.653 €	-3.428.887

Umlageanspannung im Landkreis

Verbandsgemeinde	2015	SU	2016	SU	2017	SU	2018	SU	2019	SU	Plan 2020	SU
Bruchmühlbach-Miesau	46,00		46,00		46,00		46,00		46,00			
Enkenbach-Alsenborn	42,00	ja		ja								
Hochspeyer *1	47,00		47,00		47,00		47,00		47,00			
Kaiserslautern-Süd *2	40,00	ja	40,00	ja	45,95		43,70		43,70			
Landstuhl	45,83		45,83		45,83		45,50		45,50			
Otterbach	42,00		42,50		42,50		42,50		39,50			
Otterberg	entf.		entf.									
Ramstein-Miesenbach *2	43,00	ja	42,00	ja	42,00	ja	42,00	ja	41,00	ja		ja
Weilerbach	34,00		34,00		34,00		35,00		36,00			
Kreisdurchschnitt	42,48		42,42		43,16		42,96		42,59		0,00	
<i>Landesdurchschnitt</i> *3	<i>35,37</i>		34,81		*4		*4		42,59			
Kreisumlagesatz LK KL	42,25		44,23		44,25		42,25		43,87			
<i>KU-Landesdurchschn.</i> *3	<i>43,55</i>		<i>43,65</i>		<i>44,07</i>		<i>44,02</i>		<i>43,99</i>			
VG+LK-Umlage im LK KL (Durchschnitt)	84,73		86,65		87,41		85,21		86,46		0,00	
Höchste Anspannung	89,25		91,23		91,25		89,25		90,87		0,00	
Niedrigste Anspannung	76,25		78,23		78,25		77,25		79,87		0,00	

*1) VG E-A erhebt eine Sonderumlage von den Ortsgemeinden der ehemaligen VG Hochspeyer. Zur Darstellung der größten Umlageanspannung wird dieser Umlagesatz wieder separat ausgewiesen.

*2) Die Trägerschaft aller Grundschulen in der VG KL-Süd liegt ab 2017 bei der Verbandsgemeinde. Daher wird keine Sonderumlage mehr erhoben. VG R-M erhebt Sonderumlage für Freizeitbad Azur von Stadt Ramstein.

*3) Quelle: Stat. Landesamt u. Erhebungen des Landkreistages

*4) Liegen zurzeit noch nicht vor

Bewertung der Finanzsituation der kreisangehörigen Kommunen



- Mehr als schwierig, denn es fehlen weiterhin viele Jahresabschlüsse
- Nachweislich starker Anstieg der Steuerkraft und der Schlüsselzuweisungen A
Steuerkraft 2017 (77,1 Mio. €), 2020 (94,6 Mio. €) = **+17,5 Mio. € (+23 %)**
SZ A 2017 (6,3 Mio. €), 2020 (9 Mio. €) = **+2,7 Mio. € (+42 %)**
- Wo Jahresabschlüsse nachgeholt werden, zeigen sich vielerorts Verbesserungen gegenüber der Haushaltsplanung

Sehr viel Gutes, aber trotzdem auch Kritik

KAISERSLAUTERN-SÜD: Verbandsgemeinderat beschließt Haushalt gegen die Stimmen der SPD – Welcome-Center Schopp sorgt für Diskussionen

VON GUNDULA ZILM

Der Haushaltsplan der Verbandsgemeinde Kaiserslautern-Süd wurde im Montagabend mehrheitlich verabschiedet. FWG und CDU stimmten uneingeschränkt zu, die fünf SPD-Mitglieder lehnten den Etat ab, obwohl auch sie viele positive Ansätze sahen.

Bürgermeister Uwe Unnold (FWG) skizzierte die wichtigsten geplanten Projekte für dieses Jahr in dem ausgeglichenen Etat (wir berichteten am 9. Januar), dem letzten der VG vor der Fusion mit Landstuhl zum 1. Juli. Die größten Investitionen fließen in die Feuerwehr und die Schulen. Auch der Umzug in das Verwaltungsgebäude in Landstuhl schlägt sich im Plan nieder – neue Möbel für 54.000 Euro werden für die kleineren Räume nötig. Auch I-Pads für alle VG- und Ortsbürgermeister sind für insgesamt 65.000 Euro veranschlagt, rüg Unnold vor.

Auch die Pläne für ein Welcome-Center vor allem für Wanderer und Mountainbiker im Bahnhof Schopp zeigte er auf. Unternehmer Klaus Nahlenz, CDU-Ratsmitglied, hatte das Gebäude 2011 gekauft und will es nun gemeinsam mit der VG zu einem touristischen Eingangsbereich mit digitalem und analogem Angebot mit Gartenmaterial und weiteren Informationen sowie E-Bike-Ladestation ausbauen. Die VG will rund 55.000 Euro investieren, Zuschüsse von 10.000 Euro aus dem Leader-Programm sind eingeplant.

Die FWG lobte den Haushaltsplan – Der sieht so gut aus, da hätte man die



Soll Welcome-Center werden: Im Bahnhofsgebäude in Schopp möchten die VG und der Investor Wanderer und Fahrradfahrer in Zukunft über die Region informieren. Die SPD kritisiert, dass öffentliche Gelder für diese ihrer Meinung nach private Investition ausgegeben werden sollen.

FOTO: VIEW

Fusion gar nicht gebraucht“, meinte FWG-Vorsitzender Gerhard Müller –, und die Investitionen, vor allem in die Feuerwehren und Schulen.

CDU-Fraktionschef Nahlenz bezeichnete es als „großartig“, dass noch so vorausschauend geplant wird und man nicht der neuen, fusionierten VG die alten Probleme überlässt. Beim Bevölkerungsschwund überall auf dem Land lobte er die Bestrebungen, die Attraktivität der VG zu erhöhen – durch Investitionen ins Freibad,

den Tourismus und die Infrastruktur.

Auch die SPD sieht viele positive Projekte in dem Etat – wie die Investition in die Feuerwehren und den geplanten Lückenschluss des Radwegs nach Kaiserslautern entlang der B270 –, doch Fraktionssprecher Kurt Becker hatte auch etliche Kritikpunkte. Skepsis meldete er bei der nicht unerheblichen Investition für I-Pads für alle Ratsmitglieder an. Er selbst sei mit dem Samsung-Tablet, dass die VG-Ratsmitglieder vor Jahren bekamen,

nur schwer zurechtgekommen. Dass man keine Anmerkungen wie auf Papier machen kann, stört ihn. Das Format sei zu klein, und „ich sehe hier nur sehr wenige Tablets“, gab er als Grund an, die Anschaffung vielleicht noch zu hinterfragen.

Vor allem aber gab es Kritik an dem Welcome-Center Schopp: „Über Umwege, durch Förderung aus öffentlicher Hand, wird eine Privatinvestition unterstützt“, meinte er. Die Rendite des Projekts sei zudem nicht direkt

sichtbar. „Es wäre besser gewesen, die Gremien einzubeziehen“, lautete Beckers Fazit.

Auch für das doch teure digitale Angebot erkenne er nicht die Notwendigkeit, „denn heute läuft alles über Smartphones“. Ein WLAN-Hotspot würde laut SPD genügen. Zudem gebe es keine Infrastruktur am Bahnhof, um die Zeit während des E-Bike-Ladens zu füllen. „So können wir dem Haushalt leider nicht zustimmen, trotz der vielen positiven Ansätze.“

Unnold verteidigte das Welcome-Center, das die VG nur mit 20.000 Euro belaste. Die Leader-Förderung betrage für die VG 60 Prozent, für einen Privatmann wären es nur 40, „aber die Differenz wohnen wir ab“, verteidigte er sich dagegen, dass Nahlenz privat davon profitiere. Jener selbst sagte nach der Sitzung, für ihn sei das Projekt ein Nullsummenspiel. Unnold machte dem Rat deutlich, dass er den Bahnhof aufwerten will, um ihn letztlich auch für den ÖPNV in der VG Landstuhl zu einem Knotenpunkt zu machen. Zudem könne später eventuell ein Museum darin entstehen.

Verwundert zeigte er sich darüber, „dass die SPD nicht informiert ist: Sie hatte 2015 sogar Akteneinsicht verlangt“. Dies bejahte Reinhold Meister (SPD), doch der Fraktion fehlte das Projekt im Rat. „Ich finde es sehr interessant, würde gern mehr dazu wissen“, sagte Sybille Jatzko (SPD). „Aber wo ist der Ratsbeschluss dazu?“ Darauf entgegnete Unnold bestimmt – und unter Empörung der SPD –, dass seit Jahrzehnten so verfahren werde, erst Mittel in den Haushalt zu stellen, und dann im Rat zu besprechen, was gemacht werde.

EINWURF

Die Henne, das Ei und der VG-Rat

VON GUNDULA ZILM

Irgendwie erinnert es mich an die Redewendung: Was war zuerst da, die Henne oder das Ei? Eine ähnliche Frage kann man sich zu kommunalen Projekten stellen: Was soll zuerst da sein? Mache ich erst den Plan für das Projekt oder stelle ich erst die Mittel ein? Beides sind gangbare Wege. In Kaiserslautern-Süd emporsteht sich die SPD über die Mittel-einstellung, der Bürgermeister erklärte, so sei es seit Jahrzehnten.

Darüber zu streiten ist müßig. Der Knackpunkt ist ein anderer: Wie läuft der Informationsfluss? Ein Thema, das den Rat tatsächlich seit Jahrzehnten begleitet. Die SPD beklagt sich, dass sie zu wenig einbezogen wird. Und sofort gehen die Emotionen hoch. Verständlich, doch nicht zielführend. Schuldzuweisungen provozieren nur Verteidigungsdruck und weitere Anschuldigungen.

Etwas mehr Information von der einen, etwas weniger emotionsgeladene Forderungen von der anderen Seite wären schon gut.

Ich weiß, es ist nicht einfach, aber bevor die Meinung rausgehauen wird, vielleicht kurz innehalten und nachdenken, ob sie der Sache dienlich ist. So kämen beide Seiten leichter ins Gespräch. Ein wenig Empathie und Ruhe kann nie schaden.

Deutlich mehr Geld in der Kasse

OTTERBACH-OTTERBERG: VG-Rat befindet heute über eine deutliche Umlagesenkung

Eine gute Nachricht für die zwölf Ortsgemeinden in seiner Verbandsgemeinde hatte Bürgermeister Harald Westrich beim Neujahrsempfang im Gepäck: Der SPD-Politiker stellte eine Senkung der Umlage um drei Prozentpunkte in Aussicht. Heute Abend entscheidet der Verbandsgemeinderat darüber, ob er der deutlich niedrigeren Umlage zustimmt.

Dies dürfte indes eine reine Formalie sein, schließlich würden die teils sehr klammen Ortsgemeinden deutlich von der Umlagesenkung von derzeit 42,5 auf dann 39,5 Prozent profitieren: Die Stadt Otterberg als größte

Kommune hätte damit in diesem Jahr 145.206 Euro mehr in der Gemeindekasse, Otterbach 108.868, Katzweiler 48.993 Euro, Niederkirchen 48.102 Euro, Mehlbach 27.548 Euro, Olsbrücken 26.293 Euro, Schallodenbach 22.603 Euro, Hirschhorn 19.437 Euro, Heiligenmoschel 15.872 Euro, Schneckenhausen 14.978 Euro, Sulzbachtal 10.762 Euro und Frankelbach 8777 Euro.

Insgesamt verlöre die Verbandsgemeinde damit knapp eine halbe Million Euro an Umlageerlösen. Höhere Einnahmen durch die Schlüsselzuweisungen des Landes und sprudelnde Steuereinnahmen in den Ortsgemeinden, die über die Umlage auch

der VG zugute kommen, machten die Senkung des VG-Umlagesatzes möglich, hatte Westrich der RHEINPFALZ erläutert (wir berichteten am 24. Januar). „Seit der Verabschiedung unseres Doppelhaushalts im vergangenen Jahr hat sich unsere finanzielle Situation komplett geändert. Unser Etat ist jetzt ausgeglichen. Und diese Verbesserung wollen wir natürlich in einem Nachtragshaushalt an unsere Gemeinden weitergeben“, sagte Westrich.

Nach seinen Angaben hat Otterbach-Otterberg – nach der Verbandsgemeinde Weilerbach – mit der Senkung den zweitgünstigsten Umlagesatz im Landkreis Kaiserslautern. Joef

Verbesserungen bei den Verbandsgemeinden

Entlastung für die Gemeinden

RAMSTEIN-MIESENBACH: Verbandsgemeinderat beschließt positiven Haushalt und senkt Umlage um einen Prozentpunkt

VON WILLI MALE

Die Verbandsgemeinde (VG) Ramstein-Miesenbach schreibt schwarze Zahlen. Der Haushalt 2019 zeigt im Ergebnishaushalt einen Überschuss von 12.737 Euro. Im Finanzhaushalt ist ein Plus von 586.037 Euro eingeplant. Eine freie Finanzspitze von 361.000 Euro ist vorhanden. Die VG-Umlage wird um einen Prozentpunkt gesenkt. Die Gebühren und Beiträge des Kanalwerks bleiben stabil.

„Die Einnahmen reichen aus, um die Ausgaben zu bewältigen“, so Bürgermeister Ralf Hechler (CDU). Im Ergebnishaushalt stehen den Erträgen von 14,28 Millionen Euro Aufwendungen von 14,27 Millionen Euro gegenüber. Hechler: „Wir sind seit 2016 jedes Jahr deutlich im Plus, weisen ein stetiges Wachstum unserer Eigenkapitalquote aus und haben uns sukzessive entschuldet. Kredite und Kassenstand weisen ein Plus zum Jahresende von 46.182 Euro aus. Wir sind schuldenfrei.“ Die Pro-Kopf-Verschuldung sei auf einem „historischen Tiefstand“ seit Bestehen der VG und belaufe sich ohne Kassenstand auf 125 Euro.

Investitionen von 1,25 Millionen Euro sind eingeplant. Der Finanzie-

rungsbedarf von 811.000 Euro könne aus den Rücklagen geleistet werden. 2,33 Millionen Euro fließen in die Schulen. Insgesamt werden 2,5 Millionen Euro für Kinder- und Jugendarbeit aufgebracht. Für die Feuerwehren sind 627.000 Euro Ausgaben vorgesehen.

Die Verbandsgemeindeumlage werde um einen Prozentpunkt auf 41 Prozent gesenkt. Wenn die Zahlen stabil bleiben, könne man 2020 die Umlage nochmals senken, so Hechler. Dadurch würden alleine in diesem Jahr in den Ortsgemeinden und der Stadt insgesamt 169.000 Euro mehr in den Kassen bleiben.

Zum Umbau und zur Sanierung des Freizeitbads Azur soll ein Workshop stattfinden. Für das Projekt seien in den Jahren 2020/2021 Finanzmittel bereitgestellt. Hechler betonte jedoch, dass ohne Zuschüsse des Landes oder anderer – zum Beispiel vom Bund – das Vorhaben von der VG alleine nicht gestemmt werden könne. Trotzdem solle alles versucht werden, um das Freizeitbad „fit für die Zukunft“ zu machen.

Ins Kanalwerk werden rund fünf Millionen Euro investiert. Dessen Wirtschaftsplan schließt mit knapp 9,9 Millionen Euro an Einnahmen und Ausgaben ab – davon 4,5 Millionen



Für den Umbau des Freizeitbads Azur ist die Verbandsgemeinde trotz sehr guter Haushaltslage auf Zuschüsse angewiesen. FOTO: VERWALTUNG/FREI

Euro im Erfolgsplan und 5,4 Millionen im Vermögensplan. Dieser weist einen Gewinn von 215.000 Euro auf. Eine Erhöhung der Gebühren und Beiträge sei nicht erforderlich.

Die SPD habe nichts am Haushalt auszusetzen, meinte Herbert Strauß. Die Investitionen in die Verbesserung der EDV-Ausstattung in den Schulen

und der Verwaltung sehen die Sozialdemokraten positiv. Eine sinnvolle Maßnahme sei der Anschluss von Einrichtungen an das Blockheizkraftwerk. Als „sehr erfreulich“ bezeichnete Strauß die Senkung der Umlage.

Sarah Layes (CDU) stellte fest, dass nicht viele Verbandsgemeinden im Land einen so positiven Haushalt hät-

ten, auch gäbe es nicht viele VCs, die keine Liquiditätskredite bräuchten. „Sehr positiv“ sieht die CDU die Entwicklung der VG-Umlage. Durch deren Senkung würden den Gemeinden und der Stadt mehr finanzielle Spielräume eingeräumt. Erfreulich sei auch der Schuldenabbau. „Wir spielen mit unserem Haushalt in der Ersten Liga“, so Layes.

Konrad Koch von der FWG machte es kurz und bündig: „Wir können dem Haushalt nicht mit einem weinenden Auge zustimmen, sondern mit einem lachenden Auge.“ Auch er lobte die Umlagensenkung.

Beigeordneter Marcus Klein (CDU) erläuterte, dass ein digitales Sitzungsmanagement- und Ratsinformationssystem angeschafft werden soll. 9968 Euro soll dieses kosten. Hinzu kommen jährlich 3876 Euro. Das gesamte Sachgebiet „Sitzungen“ soll hierüber abgewickelt werden. Dem Kauf wurde einstimmig zugestimmt.

Weiter informierte Klein über einen Wasserschaden in der Realschule plus. Hier sei ein Zulaufschlauch am Waschbecken geplatzt und das auslaufende Wasser habe über Nacht den Boden in der Turnhalle beschädigt, sodass dieser komplett ausgetauscht werden müsse. Die Kosten werden auf mehr als 125.000 Euro geschätzt.

Langsam, aber stetig bergauf

ENKENBACH-ALSENBORN: Haushalt der VG entwickelt sich positiv

VON GUNDULA ZILM

Langsam, aber stetig verbessert sich die finanzielle Lage der Verbandsgemeinde Enkenbach-Alsenborn. Im fünften Jahr nach der Eingliederung der VG Hochspeyer steigen voraussichtlich auch die Einnahmen aus der VG-Umlage aufgrund des guten Wirtschaftens der Ortsgemeinden weiter an.

Einen deutlichen Anstieg im Vergleich zum Vorjahr verzeichnet der Ergebnishaushalt, der alle Erträge und Aufwendungen abbildet. Ein sattes Plus in Höhe von 833.550 Euro kann er ausweisen; im Haushaltsplan 2018 waren es nur 39.042 Euro.

Der Finanzhaushalt, das Girokonto der Verbandsgemeinde, steht zwar nach den ordentlichen Ein- und Auszahlungen mit 432.330 im Plus, doch wenn die Investitionen in Höhe von 928.350 Euro eingerechnet sind – für die eine Kreditaufnahme nötig ist –, dann bleibt unterm Strich ein Defizit von 496.020 Euro.

„Die Handlungsfähigkeit der Verbandsgemeinde ist aber gegeben“, sagt Julia Edinger von der Finanzabteilung, „das zeigt die freie Finanzspitze in Höhe von 33.680 Euro.“

Die Verbandsgemeindeumlage soll laut Vorlage der Verwaltung weiterhin 42 Prozent betragen, für die vier Ortsgemeinden der damals hoch verschuldeten VG Hochspeyer zusätzlich fünf, also 47 Prozent. Unterschiedliche Umlagesätze wie auch Gebühren können laut Eingliederungsgesetz bis zu zehn Jahre nach dem Zusammenschluss, also bis 2024, erhoben werden.

Trotz unveränderten Umlagesatzes steigen die absoluten Einnahmen aus der VG-Umlage laut Berechnung der Finanzabteilung. Während im Vorjahr die Ortsgemeinden insgesamt rund 8,062 Millionen – 7,798 Millionen Euro aus der allgemeinen Umlage und 264.000 aus der Sonderumlage von fünf Prozent – erwirtschaftet und an die VG abgegeben haben, werden es in diesem Jahr rund 8,645 Euro sein – 8,355 Millionen aus der Umlage und 290.000 Euro aus der Sonderumlage. Ob aufgrund dieser steigenden Einnahmen nicht sogar der Umlagesatz gesenkt werden könnte, „das muss der Rat entscheiden“, erläutert Edinger.

Auch der Schuldenstand der VG entwickelt sich positiv. 7,2 Millionen Euro zum Jahresende lautet die Prognose der Verwaltung. „Davon sind

5,5 Millionen Investitionskredite und 1,7 Liquiditätskredite“, erläutert Edinger. Zum Jahresende 2018 wurde mit 8,32 Millionen Euro Gesamtschulden gerechnet.

Investiert werden soll in diesem Jahr in den Aufzug am Rathaus, der endlich einen barrierefreien Zugang schaffen soll. Für das rund 235.000 Euro teure Projekt gibt es 90 Prozent Zuschuss.

Auch in die Schulen wird wieder Geld gesteckt: Die Grundschule Enkenbach-Alsenborn braucht aufgrund steigender Schülerzahlen einen Anbau. Rund eine Millionen Euro sind dafür veranschlagt, 650.000 Euro Zuschuss eingeplant. An der Grundschule Mehlingen ist ein zweiter Rettungsweg wegen des Brandschutzes erforderlich; zu den Kosten von rund 220.000 Euro gibt es auch hier 65 Prozent Zuschuss.

INFO

Der Verbandsgemeinderat Enkenbach-Alsenborn kommt am heutigen Donnerstag, 9. Mai, um 19 Uhr im Rathaus Hochspeyer zusammen. Neben dem Haushalt stehen der Lärmaktionsplan der VG, die Einteilung in Risikoklassen für die Feuerwehr, mehrere Jahresabschlüsse und etliche Anträge der CDU auf der Tagesordnung.

Ein „rundweg erfreuliches“ Zahlenwerk

LANDSTUHL: Verbandsgemeinderat verabschiedet den Haushalt einstimmig

VON JOACHIM BAADTE

Nach einer sachlichen und pragmatischen Aussprache stimmten am Donnerstagabend alle Mitglieder des Landstuhler Verbandsgemeinderates den Etatplanungen für das Jahr 2019 zu. In Bezug auf den „letzten Haushalt der alten Verbandsgemeinde Landstuhl“ sprach Bürgermeister Peter Degenhardt (CDU) von erheblichen Kapazitäten, die die geplante Fusion mit der Verbandsgemeinde Kaiserslautern-Süd zurzeit binde.

„Rundweg erfreulich“ sei das Zahlenwerk für das laufende Jahr trotz „einer leichten Eintrübung“ im Vergleich zu den Abschlüssen in der Vergangenheit. Der Ergebnishaushalt weise ein Minus in Höhe von 315.000 Euro aus. Dies sei allerdings einer geänderten Bilanzierungsverpflichtung geschuldet, so Degenhardt. Dabei dürften die positiven Ergebnisse der Werke nicht mehr dem Ergebnishaushalt zugerechnet werden, erklärte der Bürgermeister. Im Finanzhaushalt verbleibe dagegen eine freie Finanzspitze von etwa 10.000 Euro, die zur Tilgung von Liquiditätskrediten verwendet werde, so Degenhardt.

Eine der wichtigsten Aufgaben sei nun die Fertigstellung des neuen Verwaltungsgebäudes für Werke und Einwohnermeldeamt. Es sei das Ziel, den Bürgern mit der Fusion zum 1. Juli eine funktionierende Verwaltung zu



Wird saniert: die Kindsbacher Mehrzweckhalle.

FOTO: VIEW

bieten, kündigte der Bürgermeister an. Des Weiteren gelte das Augenmerk den Investitionen in die Infrastruktur und die Breitbandversorgung in der Verbandsgemeinde. „Die Leistungen des Bauhofs im Winterdienst werden von allen Seiten gelobt“, stellte der Verbandsgemeinde-Chef fest. Daher sei es nur angebracht, die Mitarbeiter dort mit der Anschaffung eines neuen Unimogs bei ihren Aufgaben zu unterstützen, so Degenhardt. Weitere Investitionen seien in den Grundschulen vor allem hin-

sichtlich des Brandschutzes geplant. Ebenso stehe die Sanierung der Mehrzweckhalle in Kindsbach, die Erneuerung der Heizung an der IGS sowie der dortigen Sporthalle an. In den Feuerwachen in Bann, Kindsbach und Landstuhl sei die Sanierung der Sanitäranlagen geplant.

„Vor allem die Landesregierung hat ihre Hausaufgaben nicht gemacht“, meinte der Fraktionsvorsitzende der CDU, Jan Schneider. Trotz eines zehnjährigen wirtschaftlichen Booms sei die finanzielle Ausstattung der Ge-

meinden im bundesweiten Vergleich sehr schlecht. Vor Ort blieben deshalb die Möglichkeiten zum Gegensteuern begrenzt, stellte der Fraktionsvorsitzende fest. Auch das Drehen an der Umlageschraube bringe nichts, denn „um ein finanzielles Loch zu stopfen, werden damit nur die finanziellen Löcher unserer Ortsgemeinden und der Stadt vergrößert.“

„Der Bund sitzt aktuell weiter sprichwörtlich auf einem Goldklumpen oder einem Schatz wie Donald Duck.“ Mit diesen Worten charakterisierte Heribert Sachs, Fraktionsvorsitzender der SPD, das Verhältnis zwischen Kommunen, Land und Bund. Man habe den Eindruck, „die Kommunen beißen als unterste Stufe sozusagen die Hunde“, meinte der SPD-Mann. Eine grundlegende Reform der Finanzbeziehungen müsse her. Und hier sollten die Bürgermeister und Landräte auf Bundesebene ihren Einfluss geltend machen.

Der stellvertretende Vorsitzende der FWG-Fraktion, Richard Roschel, bedauerte, dass in diesem Jahr die Verbandsgemeindeumlage nicht reduziert werden könne, um damit eine Entlastung der Ortsgemeinden zu erreichen. Das sei umso bedauerlicher, da der Bürgermeister von erstmals absteigenden Steuereinnahmen der Gemeinden gesprochen habe. „Allerdings ist die derzeit gute wirtschaftliche Lage auch in der Verbandsgemeinde Landstuhl der Garant für einen guten Haushalt“, sagte Roschel.

Positive Jahresabschlüsse

LANDSTUHL: Der Rat der VG Landstuhl tagt zum letzten Mal vor der Fusion in alter Besetzung

VON WILLI MAUE

Der alte Verbandsgemeinderat der alten Verbandsgemeinde Landstuhl tagte am Donnerstag zum letzten Mal. Bürgermeister Peter Degenhardt (CDU) bezeichnete es als Ende einer Ära. Ab 1. Juli gibt es die VG nicht mehr in der jetzigen Form, da sie mit Kaiserslautern-Süd zusammen die neue Verbandsgemeinde Landstuhl bildet.

Gleich drei Jahresabschlüsse hatte der Verbandsgemeinderat an diesem Abend festzustellen, nämlich aus den Jahren 2013, 2014 und 2015. Wie Degenhardt sagte, sollen die der restli-

chen Jahre bis 2018 gleich nach der Sommerpause beschlossen werden. Den Vorsitz bei den Feststellungsbeschlüssen und Entlastungen hatte das älteste Ratsmitglied Lothar Lür (CDU). Der Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses, Jan Schneider (CDU), gab bekannt, dass in jedem Jahr der Prüfungen andere Schwerpunkte gelegt wurden. So hätten die Kontrolleure beim Jahr 2014 vor allem auf die Vergünstigungssteuer, Versicherungen, Ordnungsgelder und die Bauhofausgaben geschaut. Bei der Prüfung des Jahres 2015 wurde der Schwerpunkt auf die Gemeindeorgane und die Verwaltung gelegt. Alle drei Jahre schlossen positiv ab.

Für 2013 ist in der Ergebnisrechnung ein Plus von 331.229 Euro vorhanden. Im Jahr 2014 beträgt der Überschuss 157.166 Euro und 2015 sogar 945.175 Euro. Erfreulich sei, so Schneider, dass das Eigenkapital von 12,2 Millionen Euro aus dem Jahr 2013 auf 13,2 Millionen im Jahr 2014 erhöht werden konnte. Die Abschlüsse wurden für alle drei Jahre einstimmig festgestellt, die Entlastung ebenfalls einstimmig erteilt.

Darüber hinaus vergab der Rat noch einige Aufträge. Eine Firma aus Neuwied erhielt für 136.969 Euro den Zuschlag, einen Unimog für den Bauhof der Verbandsgemeinde zu liefern. Bürgermeister Degenhardt begrün-

dete die Ersatzbeschaffung damit, dass der vorhandene Unimog (Baujahr 2005) unwirtschaftlich sei und immer mehr Reparaturen anstünden. Eine ortsansässige Firma erhielt den Auftrag, ebenfalls für den Bauhof ein Ausleger-Anbaugerät zu liefern. Dieses kostet 65.378 Euro. Weiter wurde beschlossen, dass eine Firma aus Frankfurt den Austausch von Brandmeldern für das Cubo, die Sauna- und Wellnessanlage, übernimmt und dafür 23.881 Euro erhält. Degenhardt erläuterte dass die vorhandenen Melder völlig intakt seien, die Verwaltung jedoch aufgrund von Vorschriften gezwungen sei, alle Brandmelder nach acht Jahren auszutauschen.

**Vielen Dank für Ihre
Aufmerksamkeit!**